

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 56/1 (2025), 47-73  
DOI: 10.60684/msg.v56i1.82

Rüdiger Hachtmann  
*ZZF Potsdam*

### **Zweierlei Tod in Berlin 1848 und 1849 Märzgefallene und Choleraopfer**

MSG Moderne Stadtgeschichte  
ISSN: 2941-6159 online  
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).  
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte  
sind gesondert abzuklären.

© Rüdiger Hachtmann 2025



## Rüdiger Hachtmann

# Zweierlei Tod in Berlin 1848 und 1849. Märzgefallene und Choleraopfer

*Death has many faces, even in revolutionary times. In 1848 and 1849, the Prussian capital was hit by two very different variants of extraordinary “mass deaths”: on the one hand, the death of almost three hundred barricade fighters on March 18, and, on the other, the renewed outbreak of cholera in the early autumn of 1848, which was followed by another wave of cholera in 1849. The article discusses the following questions: How did the public – the general population and also the media of Berlin – deal with both variants of mass death? How did they view the third and fourth outbreaks of cholera in 1848 and 1849, after 1831-33 and 1837? Why did the barricade fight of March 18, 1848 leave a lasting impression on the collective memory of the Berlin population, while cholera did not?*

### 1. Einleitung

Nach der Pariser Februarrevolution wurde der Berliner Tiergarten, der der Stadt damals vorgelagert war, zum Schauplatz von zunächst kleinen, schon bald nach Zehntausenden zählenden Volksversammlungen. Bereits vom 13. März – dem Tag der Wiener Märzrevolution – bis zum 16. März 1848 kam es in den Straßen zwischen dem Brandenburger Tor und dem Stadtschloss zu blutigen Scharmützeln. Berittenes Militär schlug mit blankem Säbel auf Zivilisten ein. Das Resultat: sieben Tote und zahlreiche Verletzte. Die angestaute Aggression auf beiden Seiten eskalierte dann in den Barrikadenkämpfen des 18. März. Die erschütterten Zeitgenossen bezeichneten die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen als „Kapitel der Weltgeschichte“, das „schwerer wiegen dürfte als manches Jahrzehnt“.<sup>1</sup> Auf Seiten der Zivilbevölkerung forderten die Kämpfe insgesamt 283 Tote, überwiegend, zu fast 90 %, aus den Unterschichten; unter ihnen waren auch acht Frauen. Die Zahl der getöteten Soldaten wurde offiziell mit 24 beziffert, tatsächlich dürfte sie mehr als doppelt so hoch gelegen

<sup>1</sup> So (stellvertretend für zahllose weitere, ähnlich pathetische Formulierungen) Varnhagen v. Ense in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 25. März 1848. Die folgenden Passagen zur Märzrevolution basieren (inkl. – sofern nicht anders ausgewiesen – Zitate etc.) auf: Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 157-208, 214-222, sowie Ders., 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022, S. 45-50, 56-61.

haben.<sup>2</sup> Der Abzug des Militärs aus der preußischen Hauptstadt in den frühen Morgenstunden des 19. März 1848 erwies sich als letztlich unvermeidlich, sollte Preußen nicht in einem landesweiten Bürgerkrieg versinken, der die Hohenzollern womöglich die preußische Krone gekostet hätte.

Am selben Tag, in den späten Mittagsstunden wurden mehr als 150 oft blutig entstellte, mit zahllosen Blumen geschmückte Leichen auf Leiterwagen vor das Berliner Stadtschloss gefahren. Die nach Zehntausenden zählende, aus allen Teilen der Stadt zusammengeströmte Menge zwang den Monarchen Friedrich Wilhelm IV., vor den Opfern des Barrikadenkampfes sein Haupt zu entblößen, eine für den König überaus demütigende Geste.

Den Stadtoberen hatte es zunächst die Sprache verschlagen. Nicht nur die Herrschaft des Hohenzollernmonarchen war durch die Märzrevolution prekär geworden, auch die der Stadtverordneten und (damit) die des Magistrats. Da die Stadtverordnetenversammlung lediglich von dem Drittel der männlichen Berliner Bevölkerung gewählt wurde, das aufgrund von Immobilienbesitz und ansehnlichem Einkommen das Bürgerrecht besaß, war deren Lage bereits angesichts der schon zuvor aufgekommenen Forderung nach einem allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrecht höchst unsicher. Um ihre Legitimität zu erhalten, sahen sich Magistrat und Stadtparlament am 20. März zu mehreren Konzessionen gezwungen. Unter dem Strich war diese Beruhigungstaktik von Erfolg gekrönt.<sup>3</sup>

Am schmerzlichsten für die städtische Obrigkeit war, dass sie den in breiten Schichten verhassten Oberbürgermeister und Geheimen Oberregierungsrat Heinrich Wilhelm Krausnick am 20. März „zum Opfer brachte“,<sup>4</sup> um die revolutionäre Erregung zu besänftigen.<sup>5</sup> Am 20. März kamen auch die Stadtverordneten zu einer ersten kurzen Sitzung zusammen. Ein Ergebnis war eine knappe,

<sup>2</sup> Ausführlich zur Zahl und Zusammensetzung der Märzgefallenen sowie zu den Schätzungen der Zahl der am 18. März 1848 getöteten Soldaten: ebd., S. 45-48; Hachtmann, Berlin 1848, S. 173-189.

<sup>3</sup> Im Schatten der hier nicht weiter zu skizzierenden Revolutionereignisse gelang es der liberalkonservativen Mehrheit, das alte Wahlrecht zu verteidigen. Auch das neue Stadtparlament, das am 10. Juni zusammentrat, repräsentierte lediglich eine Minderheit der männlichen Stadtbevölkerung Berlins.

<sup>4</sup> Hierzu und zum Folgenden vgl. vor allem Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, socialen und literarischen Beziehungen, Bd. 1, Berlin 1851 (ND Leipzig 1979), S. 267 ff., 302 f., Zitate: S. 268 f.

<sup>5</sup> Krausnick konnte schon Anfang Nov. 1849 wieder in sein altes Amt zurückkehren, blieb (nach einer ersten Amtszeit 1834-1848) bis 1862 Oberbürgermeister. Ausführlich: Jürgen Wetzel, „... taub für die Stimme der Zeit“: zwischen Königstreue und Bürgerinteressen. Berlins Oberbürgermeister H. W. Krausnick von 1834 bis 1862 (Ausstellungskatalog), Berlin 1985; Kurt Wernicke, 26jähriges Wirken als Oberbürgermeister. Ehrenbürger Heinrich Wilhelm Krausnick (1797-1882), in: Berlinische Monatsschrift H. 12/1996, S. 44-46.

von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat gemeinsam herausgegebene Bekanntmachung, in der sie den Berlinern „ein feierliches Begräbniß [...] aus den Mitteln der Stadt“ versprochen.

Ein zweiter, gemeinsam mit dem Magistrat gefasster Beschluss des Berliner Stadtparlaments vom 20. März war die Einsetzung eines „Comités für die Bestattung unserer Todten“ aus Mitgliedern beider Einrichtungen und weiteren Berliner Honoratioren. Dieses Comité wollte die gefallenen Barrikadenkämpfer eigentlich gemeinsam mit den am 18. und 19. März ums Leben gekommenen Soldaten beerdigen. Die Begründung: Bei den Toten handele es sich um „Brüder desselben Vaterlandes“. Nach den Vorstellungen des Comité und der kommunalen Behörden sollten außerdem Truppenabteilungen zur Trauerfeier aufmarschieren.

Diese Absicht stieß in den unterbürgerlichen Schichten, die ja die meisten Opfer zu beklagen hatten, aber auch in Teilen des Bürgertums auf energischen Widerspruch. Eine Volksversammlung, zu der Demokraten aufgerufen hatten – die sich im Vormärz vor dem Hintergrund der scharfen Restriktionen des Vereinigungs- und Versammlungsrechts noch nicht als politische Vereinigung hatten konstituieren dürfen –, wandte sich am 21. März heftig gegen die Zumutung, Täter und Opfer auf einem gemeinsamen Gräberfeld zu bestatten. Ihr Protest war jedoch nicht entscheidend dafür, dass es zu keiner gemeinsamen Bestattung kam. Ausschlaggebend war vielmehr, dass die in Berlin verbliebene Armeeführung es unbedingt vermeiden wollte, die gefallenen Soldaten gemeinsam mit den toten Barrikadenkämpfern beizusetzen. Sie scheute selbst die symbolische Berührung mit der Revolution. Aus dem geplanten ‚Versöhnungsbegräbnis‘ mit dem ‚Segen von oben‘ wurde so ein ‚Staatsbegräbnis von unten‘ (Manfred Hettling).<sup>6</sup>

Ungewöhnlich war auch der Ort des Revolutionsfriedhofs, für den sich das „Comité für die Bestattung unserer Todten“ entschied. Favorisiert wurde zunächst ein Friedhof nahe der (damals vor den Toren der Stadt gelegenen) Hasenheide. Die Begründung zeigt, wie sehr sich das Comité den Prinzipien der ‚alten Zeiten‘ verpflichtet fühlte: Man habe einen Teil des Anfang 1844 angelegten Friedrich-Werder’schen Friedhof (an der heutigen Bergmannstraße, nahe dem Südstern) wegen seiner Nähe zur „Hasenhaide“ gewählt, berichtete die Vossische Zeitung retrospektiv am 28. Juni 1850, „theils um den aufregenden Leichenzuge am Schlosse vorüber zu vermeiden, theils um jenen geselligen[,] dem Vergnügen der Einwohner [Berlins] gewidmeten Park von politischen Agi-

<sup>6</sup> Manfred Hettling, „Ein fruchtereiches Samenkorn“. Das Begräbnis der Märzgefallenen in Berlin, in: Ders., Totenkult statt Revolution. 1848 und seine Opfer, Frankfurt am Main 1998, S. 17-51, hier S. 19, 28.

tationen frei zu erhalten“.<sup>7</sup> Noch bevor das Comité endgültig entschieden hatte, suchte vermutlich der Magistrat umgehend Fakten zu schaffen, um möglichen Protesten zuvorzukommen. Auf dem Werderschen „Begräbnisplatz“ wurden Gräber „in aller Eile und selbst während der Nacht gegraben“. Diese mussten „später aber unbenutzt“ bleiben.<sup>8</sup> Warum scheiterte das Vorhaben?

Der heute in Kreuzberg gelegene Friedhof war Teil eines ganzen Ensembles von protestantisch geweihten Friedhöfen – und eignete sich deshalb nicht für die allgemein geforderte überkonfessionelle Bestattung sämtlicher Märzgefallener. Wenn sich eine Mehrheit des Bestattungs-Comités aus liberalkonservativen Bürgern nach längerer Diskussion schließlich für den Friedrichshain entschied, dann geschah dies, weil sie die aufgewühlte Stimmung in der Stadt beruhigen wollte.

Zwar sprengte das Gräberfeld aus den genannten Gründen – der Interkonfessionalität und seiner Separierung zu einer Revolutionsgedenkstätte<sup>9</sup> – den bis dato üblichen Rahmen. Auch unmittelbare europäische Vorbilder lassen sich nicht ausmachen.<sup>10</sup> Gleichwohl bot sich die Wahl des Ortes aus pragmatischen Gründen an: 1840 hatten Magistrat und Stadtverordnete beschlossen, anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Thronbesteigung Friedrichs II. vor dem Landsberger Tor mit dem Friedrichshain den ersten großen kommunalen Erholungspark für die Berliner Bevölkerung anzulegen. In die große Parkanlage wurde nun, kurz vor ihrer offiziellen Eröffnung, das Begräbnisfeld für die Märzgefallenen gesetzt. Aus der Sicht des Magistrats bestand ein weiterer Vorteil darin, dass Demonstrationen zum Friedrichshain nicht zwangsläufig am

<sup>7</sup> Zitiert nach: Wolff, Berliner Revolutionschronik, Bd. 1, S. 302.

<sup>8</sup> Ebd., S. 303. Andere Vorschläge gingen dahin, die toten Barrikadenkämpfer mitten in der Stadt zu beerdigen, auf dem damaligen Wilhelmplatz (so der Name bis 1945, danach „Thälmannplatz“; heute ohne Namen, nahe dem U-Bahnhof Mohrenstraße an der Wilhelmstraße). Sie seien es, so ein Leon v. Kaenel am 20. März 1848, „werth, zwischen den tapferen Generälen zu ruhen, denn sie haben gleich diesen ewige Lorbeeren und Denkmal in unserer Erinnerung erworben“. Zitiert nach: ebd., S. 266.

<sup>9</sup> Ob die Pariser Julisäule, in deren Gruft am 4. März 1848 die getöteten Barrikadenkämpfer der Pariser Februarrevolution neben denen der Julirevolution von 1830 beigesetzt wurden, ein Vorbild war, muss hier offen bleiben. Die mir bekannten Quellen bieten hierzu keine unmittelbaren Hinweise.

<sup>10</sup> Auch für Militärs bestanden 1848 noch keine eigenständigen Friedhöfe. Nach 1848/49 wurden zunächst „nur“ Krieger-Denkmal in Berlin errichtet, darunter die von 1950 bis 1854 errichtete und 1948 abgerissene, den 1848 und (in Baden usw.) 1849 gefallenen Angehörigen der preußischen Armee gewidmete „Invalidensäule“ im Berliner Invalidenpark. Vgl. Manfred Hettling, Bürger oder Soldaten? Kriegerdenkmäler 1848-1854, in: Reinhart Koselleck/Michael Jeismann (Hrsg.), Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler der Moderne, München 1994, S. 147-193; Manfred Hettling, „Gegen Demokraten helfen nur – Soldaten“. Die preußischen Kriegerdenkmäler für 1848/49, in: Ders., Totenkult statt Revolution, S. 76-132.

Stadtschloss vorbeiführen mussten. Von den meisten Armenvierteln der Stadt aus ließ sich der außerhalb der Stadtmauern nordöstlich gelegene Revolutionsfriedhof leicht erreichen; sie lagen zwischen der königlichen Residenz und der 1848 errichteten Begräbnisstätte.<sup>11</sup>

Allein die separate Platzierung der getöteten Barrikadenkämpfer machte den Friedhof allerdings zu einer eminent politischen Erinnerungsstätte. Von Bedeutung war vor diesem Hintergrund auch seine exponierte Position im Berliner Stadtbild: Die Gräber wurden auf dem damals höchsten Punkt des Friedrichshains, dem „Lindenberg“, angelegt – einem Ort, an dem die Besuchenden des Friedhofs auf die Silhouette der mit 410.000 Einwohner\*innen nach Wien (mit 440.000 Einwohner\*innen) damals zweitgrößten Stadt des Deutschen Bundes blicken konnten. Dadurch wurden die Revolutionstoten symbolisch erhöht und geehrt.<sup>12</sup>

## *2. Die Bestattung der Märzgefallenen am 22. März*

Zum Bestandteil einer Erinnerungskultur, die vielen Zeitgenossen noch Jahrzehnte danach im Gedächtnis blieb, wurden auch der Trauerzug und die Bestattungsfeierlichkeiten vom 22. März 1848. An diesem Tag versammelte sich eine unabsehbare dichtgedrängte Menge von Berlinern und Berlinerinnen, aber auch von zahllosen auswärtigen Delegationen auf dem Gendarmenmarkt und in den angrenzenden Straßen. Die nach zeitgenössischen Schätzungen bis zu zweihunderttausend Teilnehmenden – zahlenmäßig etwa die Hälfte der damaligen Berliner Bevölkerung – zogen zum benachbarten Stadtschloss. Dort musste der König von einem der Balkone wieder und wieder seinen entblößten Kopf vor den Toten neigen und auf diese Weise dem revolutionären ‚Volk‘ seine Reverenz erweisen. Er verkehrte damit ein überkommenes Ritual in sein Gegenteil: Üblicherweise nahm der Monarch von diesem Balkon die Huldigung der Truppen oder seiner Berliner Untertanen entgegen. Gleichwohl blieben selbst in diesen Momenten die überkommenen Hierarchien optisch gewahrt: Der Monarch blickte von oben auf ‚sein Volk‘.

Nachdem ein größerer Teil des riesigen Trauerzugs vom 22. März 1848 die ausgehobenen Gräber erreicht hatte, sprach zunächst ein katholischer Geistlicher, anschließend dann der Rabbiner Michael Sachs, der die etwa zehn im

<sup>11</sup> Vgl. Plan von Berlin, gez. u. lith. in der lith. Anst. von H. Delius. Verlag v. Gebr. Rocca in Berlin 1850, nach: Berliner Stadtplansammlung, <https://www.berliner-stadtplansammlung.de/index.php/karten/1850-plan-von-berlin> [25.03.2025].

<sup>12</sup> Dies betont Leonie Glabau, Eine gut vernetzte Konstante. Der Friedhof der Märzgefallenen und sein urbanes Umfeld, in: Oliver Gaida u. a. (Hrsg.), Friedhof der Märzgefallenen. Zum Ort der Revolution von 1848 in der DDR, Berlin 2024, S. 107-119, hier S. 107-110.

Friedrichshain bestatteten jüdischen Märzgefallenen<sup>13</sup> segnete. Wenn auch Sachs ganz selbstverständlich in die Bestattungsfeierlichkeiten einbezogen wurde, dann verweist dies auf die bereits Anfang der 1840er Jahre vollzogene ‚praktische‘ Gleichstellung der Berliner Juden.<sup>14</sup>

Die Hauptrede hielt der liberalkonservative protestantische Prediger Karl Sydow. Er beschwor die unbedingte Einheit des preußischen Volkes mit seinem Monarchen. Unter Anspielung auf die Pariser Februarrevolution und die Ausrufung der Republik in Frankreich forderte er, die Hohenzollernmonarchie müsse „bewahrt bleiben vor den Zuständen eines Nachbarvolkes, welches vielleicht in diesen Augenblicken schon sich in brudermörderischem Kampfe zerfleischt“. Die Berliner Märzrevolution galt Sydow als Missverständnis, als eine „schwüle Wolke“, die sich „zwischen den König und sein Volk“ gelegt habe, nun aber durch den „erfrischenden, rollenden Donner Jehova's“ vertrieben worden sei. Vehement forderte er die Ausgrenzung derjenigen, die aus angeblich „eigensüchtigen Zwecken unwürdigen Partei-Leidenschaften fröhnen“.<sup>15</sup>

Sydows Forderung, auf eine revolutionäre Umwälzung zu verzichten, auf den König zu vertrauen und an die staatliche Reformbewegung von 1809 bis 1815 anzuknüpfen, sowie das Motto „Friede, Eintracht und Versöhnung“, unter das Sydow seine Predigt stellte, blieben nicht unwidersprochen. Nach ihm sprach der spätere Vorsitzende des Demokratischen Klubs (und Paulskirchen-Abgeordnete) Georg Jung, den Mitglieder des Magistrats zuvor vergeblich am Reden zu hindern versucht hatten.

Im Unterschied zu seinem Vorredner verschwieg Jung die „wilde Wuth“ der „fanatisirten Soldaten“ nicht, die die hohen Opferzahlen auf Seiten der Barrikadenkämpfer erkläre. Jung wollte keine Versöhnung um jeden Preis. Freiheitsrechte seien bisher nur unverbindlich versprochen, sie müssten nun unwiderruflich durchgesetzt werden. Für ihn personifizierte die toten Revolutionäre den Bruch mit dem alten System. Unterstrichen durch den (zeitüblichen) Pathos seiner Rede, legte Jung damit den Grundstein für die mythische Überhöhung der Märzrevolution in der Folgezeit.

Die Bestattungszeremonie spiegelte einerseits überkommene Traditionen wider; religiöse Rituale blieben wirkmächtig. Auch die Worte Jungs, überhaupt

<sup>13</sup> Die genaue Zahl der am 22. März 1848 auf dem Friedhof bestatteten Märzgefallenen steht weiterhin nicht exakt fest, ebenso wenig die Zahl möglicher späterer Umbettungen.

<sup>14</sup> Ein Indiz ist die relativ große Zahl jüdischer Stadtverordneter vor 1848. Vgl. resümierend: Rüdiger Hachtmann, Berliner Juden und die Revolution von 1848, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 53-84.

<sup>15</sup> Sydow nahm wenige Wochen später als Abgeordneter der Preußischen Nationalversammlung (PRNV) auf Seiten der Rechten Platz. Er zog keine drei Monate später den Zorn der Berliner Bevölkerung auf sich, weil er sich in der PRNV vehement gegen die „Anerkennung der Revolution“ ausgesprochen hatte.

die Sprache ‚der Revolution‘ in den folgenden Wochen und Monaten strotzten weiterhin vor Pathos und mitunter biblischen Metaphern. Ein Bruch mit bisherigen Gepflogenheiten stellte dagegen die Bestattung der auf den Barrikaden gefallenen Berliner Revolutionäre in einem gemeinsamen Grabfeld dar, ungeachtet ihrer Konfessionszugehörigkeit. Auch die anschließende unmittelbare Gestaltung des Friedhofs sprengte üblich gewordene Formen. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich die Selbststilisierung von Angehörigen des Bürgertums und Adels immer stärker verbreitet, durch eine individuelle Ausgestaltung ihrer Grabstätten Status und Lebensleistung des Verstorbenen sichtbar zu machen.<sup>16</sup> Dem wurde auf dem Friedhof der Märzgefallenen nur begrenzt Raum gegeben. Auffällig ist nämlich die, trotz individueller Gestaltung, relative Gleichförmigkeit der Grabsteine; sie wurden meist nur mit Namen und Berufsbezeichnung oder Status (zum Beispiel „Arbeitsmann“) beschriftet. Die Grabstellen, deren Anordnung im Laufe der letzten 180 Jahre freilich mehrfach verändert wurde,<sup>17</sup> waren keine „Wahlgräber“, sie wirken vielmehr wie Reihengräber. Allerdings waren die meist nüchtern wirkenden Grabsteine nicht, wie bei ‚normalen‘ Reihengräbern üblich, auf dem Gräberfeld versteckt. Sie waren vielmehr auf das ‚gemeinsame Größere‘, die Revolution, ausgerichtet.<sup>18</sup> Das 1848 geplante Revolutionsdenkmal, das dies sichtbar gemacht hätte, wurde allerdings niemals errichtet (siehe unten).

<sup>16</sup> Vgl. den Beitrag von Norbert Fischer in diesem Heft.

<sup>17</sup> Ausführlich zu späteren Überformungen bis 1932 und nach 1945: Martin Ernerth, Zur baulichen Entwicklung des Friedhofs der Märzgefallenen, in: Gaida u. a. (Hrsg.), Friedhof der Märzgefallenen, S. 141-162.

<sup>18</sup> Vgl. die Skizze der Anordnung der Gräber auf dem Gedenkblatt von Ottomar Erdmann, 1849, nach Hans Czihak, Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, in: Berliner Geschichte 9, 1988, S. 27 sowie auf der bekannten Lithographie von Wilhelm Loeillot de Mars, 1848. Die Gestaltung des Friedhofs der Märzgefallenen (FDM) entsprach in seiner Grundstruktur der des heutigen FDM. Zu dieser Lithografie vgl. Ernerth, Bauliche Entwicklung des Friedhofs der Märzgefallenen, S. 142-145.

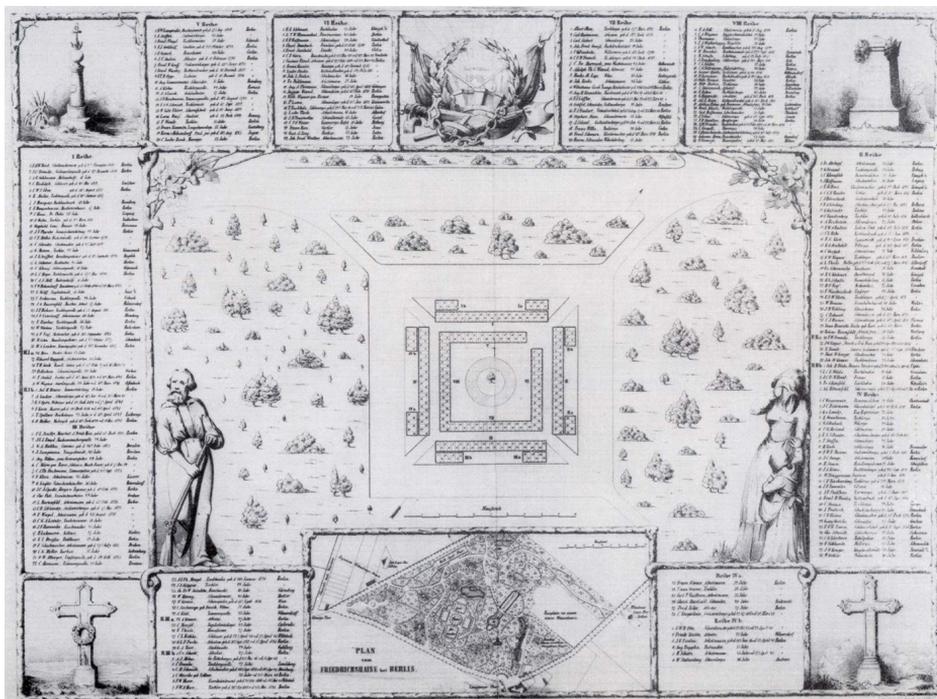


Abb. 1: Gedenkblatt zum Friedhof der Märzgefallenen von Ottomar Erdmann, 1849

Ein vielleicht noch stärkerer Bruch mit bisherigen Traditionen war das gemeinsame Auftreten der drei Geistlichen während der Beisetzungsfeierlichkeiten am 22. März 1848. Allerdings hatte diese Überkonfessionalität auch ihre Grenzen: Der Auftritt eines Vertreters der „Lichtfreunde“, einer in Berlin seit Mitte der 1840er Jahre starken, von der Spätaufklärung beeinflussten protestantischen Dissidentenbewegung, war nicht vorgesehen. Vermutlich sollte der innerhalb des politisch-theologischen Spektrums der preussischen Amtskirche als liberal geltende Sydow für die Gesamtheit der Trauernden protestantischer Konfessionen sprechen. Überliefert ist jedenfalls die Teilnahme prominenter Lichtfreunde, nicht zuletzt im Rahmen auswärtiger Delegationen.<sup>19</sup>

Der Auftritt der drei Geistlichen und mehr noch die von der städtischen Obrigkeit widerwillig akzeptierte Rede Jungs über den Gräbern der toten Märzre-

<sup>19</sup> Ein Beispiel für die Teilnahme prominenter Lichtfreunde ist Rudolph Dulon (seit 1843 einer der prominentesten Prediger der Lichtfreunde). Zur großen Bedeutung der religiösen Dissidenten im Berlin des Vormärz vgl. als Überblick Hachtmann, Berlin 1848, bes. S. 103 ff.

volutionäre verweisen darauf, dass sich klassisch religiöse Traditionen mit säkulareren Formen der Bestattungsfeierlichkeiten mischten. Ähnliches gilt grundsätzlich auch für die mit dem Friedhof verbundene Erinnerungskultur: Dieser wurde zum politischen Wallfahrtsort. Das zeigte sich bereits im Revolutionsjahr selbst. Die demokratischen Vereine machten am 4. Juni 1848 die Begräbnisstätte zum Ziel einer riesigen, nach manchen Schätzungen bis zu hunderttausend Teilnehmende zählenden politischen Heerschau. Auch für den gleichfalls schon 1848 einsetzenden und in der Folgezeit nicht abebbenden Revolutionstourismus<sup>20</sup> rückte der Friedhof im Friedrichshain zunehmend ins Zentrum.

Die explizite Interkonfessionalität des Friedhofs sollte allerdings für Jahrzehnte singular bleiben. Die „transkonfessionelle Nutzung“ von Begräbnisplätzen blieb in Berlin für lange Zeit auf den Friedhof der Märzgefallenen beschränkt. Denn die preußische Amtskirche trieb die Furcht um, dass eine solche Nutzung, vielleicht gar die ‚Säkularisierung‘ der Friedhöfe, die Übergabe ihrer Nutzung in kommunale Hände, ‚Schule‘ machen könnte. Im Revolutionsjahr selbst hatte sich die protestantische Geistlichkeit mit einer randständigen Rolle begnügen müssen.<sup>21</sup> Nach dem Scheitern der Revolution kam es (auch) auf diesem Feld zu einem nachhaltigen Rollback: Die mit dem preußischen Staat und der Kamarilla am Hohenzollernhof eng verbandelte hochkonservative protestantische Amtskirche wurde in der ‚Ära der Reaktion‘ der 1850er Jahre politisch gestärkt und nutzte dies auf der administrativen Ebene, um auch auf dem Feld der Bestattungsrituale verlorengegangenes Terrain zurückzugewinnen.

Als tragende Säule monarchischer Obrigkeit versuchte die protestantische Geistlichkeit in den 1850er Jahren Gewohnheiten zu reaktualisieren, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts ‚eingeschlafen‘ waren. Vor 1848 „war es keineswegs üblich gewesen, dass Geistliche jeder Beerdigung beiwohnten“. <sup>22</sup> Insbesondere die Begräbnisse von Unterschichtsangehörigen fanden oft ohne die Beteiligung von Pastoren statt. Dies weniger, weil sich die Geistlichen einer Mitwirkung verweigerten – sie waren an den Gräbern vielmehr häufig nicht gern gesehen. In den 1840er Jahren war die Gleichgültigkeit einer breiten Mehrheit der Un-

<sup>20</sup> Zum frühen Revolutionstourismus in Berlin unmittelbar nach den Märzereignissen vgl. Brief Rudolf Virchows an seinen Vater vom 24. März 1848, in: Ders., Briefe an seine Eltern 1839-1864, hrsg. von Marie Rabl, geb. Virchow, Leipzig 1906, S. 140 oder auch den Zeitgenossen W. Krieger, nach: Wilfried Löhken, Die Revolution 1848. Berlinerinnen und Berliner auf den Barrikaden, Berlin 1991, S. 72 sowie Fanny Lewald, Erinnerungen aus dem Jahre 1848, Bd. II, Braunschweig 1850, S. 4.

<sup>21</sup> Vgl. Rüdiger Hachtmann, „... ein gerechtes Gericht Gottes“. Der Protestantismus und die Revolution von 1848 – das Berliner Beispiel, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXXVI, 1996, S. 205-256.

<sup>22</sup> Nina Kreibitz, Institutionalisierte Tod. Kultur- und Sozialgeschichte der Berliner Leichenhäuser im 19. Jahrhundert, Bielefeld 2022, S. 184.

terschichten gegenüber den seelsorgerischen Angeboten der christlichen Kirchen weit fortgeschritten. Der frustrierten protestantischen Geistlichkeit galt Berlin um die Jahrhundertmitte infolgedessen als die „kirchlich verwahrlosete Stadt Europas“, nach Paris.<sup>23</sup> Mithilfe des erstarkten monarchischen Obrigkeitsstaates wollte sie das ‚Rad der Geschichte‘ zurückdrehen. Gestärkt durch die oktroyierte Verfassung vom 5. Oktober 1848 und deren Novellierung im Januar 1850 sowie durch ein faktisches Vereinigungsverbot für Demokraten, Linksliberale und Sozialisten während des ‚Nach-März‘ gelang es der protestantischen Amtskirche in Berlin, „bis ins 20. Jahrhundert hinein das Friedhofswesen [erneut] in ihre Hände“ zu bekommen. Auf Jahrzehnte hinaus „behinderte [sie] mit ihrer Genehmigungsbefugnis die Einrichtung kommunaler Begräbnisplätze“,<sup>24</sup> in scharfem Kontrast namentlich zu Hamburg, wo Mitte 1877 der parkähnliche, mit 389 Hektar lange Zeit größte kommunale (Zentral-)Friedhof weltweit eingerichtet wurde.<sup>25</sup> Die angestrebte Rekonfessionalisierung der Berliner Bevölkerung gelang dem hochkonservativen Amtsprotestantismus allerdings nicht. Die frühe Sozialdemokratie, die in der aus allen Nähten platzenden preußischen Hauptstadt während der ‚Neuen Ära‘ rasch tiefe Wurzeln schlug, brachte dies unübersehbar zum Ausdruck – und ebenso die Auseinandersetzung um den Friedhof der Märzgefallenen ab 1849.

Ebenso wenig gelang es dem Obrigkeitsstaat, der Begräbnisstätte der getöteten Barrikadenkämpfer den denkmalsähnlichen Status innerhalb des zum Flanieren einladenden Volkspark Friedrichshain zu nehmen. Als Denkmal blieb der Berliner Revolutionsfriedhof indes unvollendet. Dabei waren die Pläne 1848 weit gereift gewesen. Bereits am 21. März 1848 – also drei Tage nach der Märzrevolution und einen Tag vor der Bestattung der Märzgefallenen im Friedrichshain – hatte die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den ge-

<sup>23</sup> Zur geringen Resonanz des offiziellen Protestantismus (inkl. Zitat) vgl. Hachtmann, „... ein gerechtes Gericht Gottes“, S. 205-256, hier S. 250-255. Zu den – antifranzösischen und auch markant judenfeindlichen – Ressentiments exponierter Vertreter der Amtskirche vgl. exemplarisch die Biografie des zwischen 1830 und 1860 wichtigsten preußischen Theologen: Ders., Ein Prediger wider alle demokratischen Teufel: Ernst Wilhelm Hengstenberg (1802-1869), Preußens einflussreichster Theologe, in: Walter Schmidt (Hrsg.), Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 5, Berlin 2016, S. 130-179.

<sup>24</sup> Norbert Fischer, Vom Gottesacker zum Krematorium – eine Sozialgeschichte der Friedhöfe seit dem 18. Jahrhundert, Hanstedt/Nordheide 1995, S. 92. In der Monografie von Ross, die die „Modernität“ Preußens ab 1849 betont, wird der Gesamtkomplex „kirchlicher Neuordnung“ ausgeklammert. Vgl. Anna Ross, Beyond the barricades. Government and State-Building in Post-Revolutionary Prussia 1848–1858, Oxford 2019.

<sup>25</sup> Zum „Ohlsdorfer Hauptfriedhof“ (wie der Hamburger Zentralfriedhof bis 1991 hieß) vgl. z. B. Barbara Leisner, Der Hamburger Hauptfriedhof Ohlsdorf. Geschichte und Grabmäler, Bd. 1, Hamburg 1990. Vgl. auch den Beitrag von Norbert Fischer in diesem Heft.

fallenen Barrikadenkämpfern ein Denkmal zu errichten,<sup>26</sup> beziehungsweise eigentlich sogar zwei: Neben dem Denkmal im Friedrichshain war ein zweites im Zentrum Berlins geplant, gegenüber der Friedrich-Wilhelms-Universität (der heutigen Humboldt-Universität), „gekrönt mit einem Löwen, dem Sinnbild ihres edlen unvergleichlichen Muthes“.<sup>27</sup> Dazu kam es bekanntlich nicht, obwohl auch die Anfang 1849 nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht neugewählte und deshalb noch demokratisch geprägte zweite Kammer des preußischen Parlaments im Februar desselben Jahres die Errichtung (mindestens) eines Denkmals für die Märzgefallenen zur eigenen Angelegenheit erklärte.

### *3. Im Schatten der Revolution: die Cholera-Epidemie vom Spätsommer 1848*

Die enorme Anziehungskraft, die der Revolutionsfriedhof auch in der Folgezeit entwickeln sollte, kontrastiert eigentümlich mit dem gänzlich anderen Umgang mit den Opfern der Cholera in den Jahren 1848 und 1849. Die – von der Historiografie nur selten überhaupt erwähnte – Choleraepidemie des Revolutionsjahres kam auf leisen Sohlen. Ihre ersten Opfer forderte die Seuche Ende Juli 1848. Ihren Höhepunkt erreichte sie Mitte September. Mitte November 1848, wenige Tage nachdem General Wrangel mit 15.000 Mann in Berlin einmarschiert war und damit der preußischen Revolution das Ende bereitet hatte, verschwand sie (bis zum nächsten Frühjahr) wieder; Ende des Monats wurden die letzten „Choleraheilstätten“ geschlossen.<sup>28</sup> Bis dahin zählte die Vossische Zeitung 2398 Erkrankte. Barbara Dettke spricht für den Zeitraum bis zum 19. Dezember von 2.401 Choleraerkrankten. Von diesen seien 1.599 an der Pandemie verstorben; das heißt, die Letalität lag ziemlich exakt bei zwei Dritteln und damit auf dem Niveau der vorausgegangenen und nachfolgenden Choleraepidemien (vor allem 1831/32/33, 1837, 1849, 1855 und 1866).<sup>29</sup> Von der Berliner Gesamtbevölkerung

<sup>26</sup> Vgl. Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 21. März 1848, in: LAB StA, Rep. 00, Nr. 128. Ausführlich Czihak, *Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen*, S. 24-33.

<sup>27</sup> So der Vorschlag eines Dr. Gezmer und dessen Beschreibung des zweiten Denkmals in der Stadtmitte, inkl. Zitat, nach: Wolff, *Berliner Revolutionschronik*, Bd. 1, S. 266 f. Vgl. auch Christoph Hamann, *(K)ein Denkmal für die 1848er*, in: *Geschichte, Erziehung, Politik* 8:4, 1997, S. 213-221.

<sup>28</sup> Vgl. W. Schütz, *Bericht über die Cholera-Epidemie des Jahres 1848 in Berlin*, in: *Archiv für pathologische Anatomie* H. 2/1849, S. 379-408, hier S. 284, 398-400.

<sup>29</sup> Barbara Dettke, *Die asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien*, Berlin 1995, S. 213 (Tab. 3a). Evans nennt für das ganze Jahr 2.407 Erkrankungen, von denen 1.595 tödlich ausgingen. Vgl. Richard Evans, *Death in Hamburg. Society and Politics in the Cholera Years 1830-1910*, Oxford 1987, S. 260 (Tab. 3); ferner W. Schütz, *Vergleichende statistische Uebersicht der in Ber-*

fielen 0,039 % der Krankheit zum Opfer. Wie schon in den 1830er Jahren verlief die Seuche im Berlin des Revolutionsjahres im Vergleich namentlich zu den Großstädten der preußischen Ostprovinzen mithin ausgesprochen glimpflich. Die Hauptgründe dafür, warum 1848 nur relativ wenige Berliner\*innen an der Pandemie<sup>30</sup> erkrankten: Selbst in der Nähe der Wülknitz'schen Familienhäuser – dem damals berüchtigtsten Elendsviertel der Hohenzollernresidenz in der heutigen Gartenstraße 108 bis 115 (Ecke Torstraße) – waren die Straßen in den 1840er Jahren zumeist gepflastert worden. Oft waren dort auch die Senkgruben auf den Grundstücken verschwunden, Abzugskanäle für Fäkalien und sonstige Abwässer zu den nächstgelegenen Fließgewässern eingerichtet worden.<sup>31</sup>

Trotzdem überrascht die niedrige Zahl an Cholera-kranken. Denn im Berlin des Revolutionsjahres spielte sich das politisch-gesellschaftliche Leben auf den Straßen sowie in großen Versammlungsräumen ab. Namentlich in den demokratischen Vereinslokalen drängelten sich die Menschen. Nicht zuletzt nach der damaligen Auffassung, wie sich die Seuche verbreitete, hätte dies die Ausbreitung der Cholera eigentlich begünstigen müssen. Die Versammlungssäle blieben jedoch auch nach dem Ausbruch der Pandemie gut gefüllt. Auffällig ist außerdem, dass 1848/49 mit ca. 30 % nur ein relativ geringer Prozentsatz der Erkrankten in eigens eingerichtete Cholera-Lazarette eingeliefert wurde. Offensichtlich wollten sich gerade die Unterschichten nicht einem strengen Krankenhausregiment unterwerfen. Bemerkenswert ist zudem, dass Vorschriften zur Eindämmung der Krankheit nicht herausgegeben wurden. Im Gegenteil setzte das Innenministerium am 1. August 1848, also kurz nach dem Ausbruch der Seuche, sogar die bestehenden restriktiven Verordnungen zur Eindämmung der Cholera mit der Begründung außer Kraft, dass diese „mit großen, zu dem muthmaßlichen Erfolg außer Verhältniß stehenden Belästigungen verbunden“ seien.<sup>32</sup> Unverbindliche Aufrufe, große Versammlungen in geschlossenen Räumlichkeiten zu vermeiden, sucht man ebenfalls vergeblich.

lin in den vier Epidemien 1831, 1832, 1837 und 1848 nach den Wohnungen der Erkrankten aus den amtlichen Listen zusammengestellt und erläutert, Berlin 1849, S. 12, 22. Ausführlich, auch zum Folgenden: Dettke, Hydra, S. 66-80, 209, 308-311.

<sup>30</sup> Pandemien treten global, Epidemien regional oder lokal auf. Insofern müsste im Folgenden durchgehend von Pandemie gesprochen werden. Da hier der Fokus lokal gesetzt wird, aber auch aus sprachlichen Gründen werden hier beide Termini synonym verwendet.

<sup>31</sup> Vgl. Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus, Bd. I: 1740-1862, München 1980, bes. S. 176 f. In anderen Armenvierteln Berlins hatte sich allerdings „in Bezug auf die Einrichtung der Häuser, Bepflasterung der Straßen und Regelung der Abzugskanäle [...] nichts wesentliches verändert“, Schütz, Vergleichende statistische Uebersicht, S. 9.

<sup>32</sup> Vgl. die Bekanntmachungen des Berliner Polizeipräsidenten v. Bardeleben vom 14. und 25. Aug. 1848; ferner Vossische Zeitung vom 22. Sept. 1848.

Man kann das als eigentümlich revolutionäre Variante eines ‚Belagerungszustandes‘ bezeichnen, als einen ‚Belagerungszustand‘ unter umgekehrten Vorzeichen: Die kommunale und staatliche Autorität blieb bis in den Spätsommer und Frühherbst 1848 erschüttert, auch die Polizeiorgane hielten sich im Revolutionsjahr zurück – vor allem die Unterschichten freuten sich dagegen ihrer neuen Freiheiten; sie mussten nicht mehr fürchten, polizeilich ‚geschurigelt‘ zu werden. Gleichzeitig blieb das Misstrauen gegen behördliche Reglementierungen. Versuche, Druck auszuüben, hätten die in den Unterschichten im Sommer kaum gedämpfte Fundamentalopposition gegen die Obrigkeit erneut angefacht.

Die Ansicht insbesondere staatlich angestellter Mediziner, die Cholera übertrage sich durch Berührung, verding in der unterbürgerlichen Bevölkerung kaum. Dies war maßgeblich auf die im späten Vormärz entstandene sozialmedizinische Reformbewegung um junge, der radikaldemokratischen Bewegung nahestehende Ärzte wie Rudolf Virchow, Salomon Neumann sowie Rudolf Leubuscher zurückzuführen, die die kontagionistische Theorie (Übertragung durch Ansteckung) ablehnten. Deren öffentliche Positionierungen, verbreitet unter anderem durch Plakate, die an den Straßenecken angeschlagen wurden, aber auch über deren Periodikum „Medicinische Reform“, fanden breite Resonanz. Sich selbst verstanden die demokratischen Ärzte, so formulierte die „Medicinische Reform“ in ihrer ersten Ausgabe, als „natürliche Anwälte der Armen“.<sup>33</sup>

Aber nicht nur deshalb und wegen des vergleichsweise milden Verlaufs der Seuche hielt sich die Angst der Armenbevölkerung vor dem scheinbar blind waltenden Fatum ‚Cholera‘ in Grenzen. Hinzu trat ein grundsätzlicher Aspekt: Der vermeintliche Fatalismus gegenüber der Seuche war Folge einer „Dauerkonfrontation“ mit dem Tod (Norman Aselmeyer).<sup>34</sup> Oft genug war in den Elendsvierteln „das Krankenbett zugleich das Sterbebett“; die Kindersterblichkeit lag in den unterbürgerlichen Schichten weit höher als in den bessergestellten Kreisen. Soziale Zwangslagen ließen den Unterschichten meist keinen Raum, sich länger der Trauer hinzugeben. Auch die Einsicht, „dass dem Tod nicht beizukommen ist“, gewährte diesem „eine vertrauliche und furchtlose Präsenz im Alltag“.<sup>35</sup>

Die „emotionale Ökonomie“<sup>36</sup> der Armenbevölkerung im Angesicht von Ster-

<sup>33</sup> Zur ärztlichen Reformbewegung 1848: Hachtmann, Berlin 1848, S. 372-377.

<sup>34</sup> Norman Aselmeyer, Cholera und Tod. Epidemieerfahrungen und Todesanschauungen in autobiografischen Texten von Arbeiterinnen und Arbeitern, in: Archiv für Sozialgeschichte 55, 2015, S. 77-106, Zitat: S. 102.

<sup>35</sup> Ebd., S. 104.

<sup>36</sup> Zur Genesis des Begriffs und zum Konzept der „emotionalen Ökonomie“ vgl. u. a. Ute Frevert, Gefühle in der Geschichte, Göttingen 2021, mit Blick auf das „Proletariat“ (nach 1848) z. B. S. 141 ff. (Für den Vormärz und 1848 müsste das Konzept weiter elaboriert werden.)

ben und Tod unterschied sich grundsätzlich von der Gefühlswelt des gutsituier-ten Bürgertums und des Adels. Sie erklärt im Übrigen auch, warum die unter-bürgerlichen Schichten, keineswegs nur in Berlin, ganz anders als Angehörige bürgerlicher Kreise bereit waren, sich auf den Barrikaden mit Leib und Leben für politische Freiheit und soziale Rechte einzusetzen. Unterschichten – als die wichtigste soziale Trägergruppe der demokratischen sowie einer zunehmend erstarkenden sozialistischen Bewegung – hatten angesichts der sich überschla-genden Ereignisse in den Revolutionsmonaten und der Gefährdung der errun-genen Freiheiten ab Spätsommer 1848 überdies schlicht ‚keine Zeit‘, sich Angst-gefühlen wegen der Cholera hinzugeben. Diese Feststellung ist nicht Folge ei-ner einseitig verzerrten Quellenlage. Denn ‚sprachlos‘ waren die Unterschich-ten im Revolutionsjahr nicht. Tatsächlich existierten 1848 mehrere Publikati-onsorgane, in denen sich Gesellen, proletaroider Meister und Fabrikarbeiter oh-ne Zwischenschaltung von Redakteuren offen zu den unterschiedlichsten sozia-len Problemen äußern konnten. Die prominentesten waren die „Deutsche Ar-beiter-Zeitung“ sowie die Zeitschrift „Das Volk“, die Stephan Born im Auftrag des „Central-Comités der Arbeiter“ (dem Berliner Vorläufer der späteren „Ar-beiterverbrüderung“) herausgab. In beiden Periodika sucht man vergeblich nach Klagen über die Cholera-Pandemie und sonstigen Ausführungen zum The-ma. In den zahlreichen, oft schon 1848 publizierten zeitgenössischen Broschü-ren und Erinnerungsberichten finden sich ebenfalls keine Hinweise darauf, dass sich die Einwohner\*innen in den Armenvierteln der Cholera hilflos ausge-liefert gefühlt hätten.

Zum unaufgeregten Umgang mit der Seuche trug außerdem bei, dass soziale Ungerechtigkeiten, die zu anderen Cholera-Zeiten für Empörung sorgten, sich im Revolutionsjahr relativierten. Die zu normalen Zeiten häufiger geübte Pra-xis begüterter Bürger, ihren an Cholera verstorbenen Angehörigen durch Be-stechung der Verwaltung einen regulären Begräbnisplatz auf ‚normalen‘ Fried-höfen zu verschaffen, während Leichen aus den Armenvierteln auf abgesonder-ten Cholerafriedhöfen verscharrt wurden,<sup>37</sup> wurde im Revolutionsjahr anschei-nend ausgesetzt. Auch dem ‚einfachen Volk‘ war es nun offenbar möglich, ver-storbene Angehörige ohne Bestechung auf normalen Grabfeldern zu bestatten.<sup>38</sup>

Die Choleraepidemie gab 1848 zwar Diskussionsstoff für ärztliche Fachta-gungen ab. So diskutierte zum Beispiel der „Verein der Ärzte und Wundärzte“ während dreier Sitzungen im Herbst ausführlich Ursachen und mögliche Heil-methoden der Cholera.<sup>39</sup> Die Krankheit wurde jedoch nicht zum Gegenstand öf-

<sup>37</sup> Vgl. Dettke, Hydra, S. 287 f.; Kreibitz, Institutionalisierte Tod, S. 239.

<sup>38</sup> Das kann hier nur als These formuliert werden. Sie wäre in künftigen Forschungen empi-risch zu fundieren.

<sup>39</sup> Vgl. die Berichte in Vossische Zeitung und National-Zeitung vom 25. Oktober 1848. In-

fentlicher politischer Diskurse. Dies hatte mehrere Gründe. Das waren zum einen die erwähnte, für die Unterschichten typische Gewöhnung an den Tod, ihre Ablehnung der Cholerahospitalen und der ‚positive Ausnahmezustand‘, den die Revolution von 1848 in den Augen breiter Bevölkerungsschichten markierte: der Rückzug einer bis dato auch gesundheitspolitisch strengen Obrigkeit. Hinzu traten die sich auch im Sommer und Herbst überschlagenden politischen Ereignisse, die die Cholera in der allgemeinen Aufmerksamkeit in den Hintergrund treten ließen.

In polemischen Auseinandersetzungen suchte man sich andere Themen und Metaphern, um den jeweiligen politischen Gegner zu diskreditieren. Dass auch die Konservativen – die ansonsten gern biologistische Metaphern benutzten – die Cholera nicht zu antirevolutionären Ausfällen nutzten, kann nur auf den ersten Blick überraschen. Ein maßgeblicher Grund für ihr Schweigen ist der triviale Tatbestand, dass die Seuche, wie schon in den 1830er Jahren, im Revolutionsjahr erneut den Weg über Russland nach Preußen fand. Allein dies schloss für die Konservativen aus, die Pandemie zum Politikum zu machen. Denn der Krone und den rechten royalistischen Strömungen ging der Ruf voraus, aufgrund der eigenen Orientierung an ‚Ruhe und Ordnung‘ nach russischem Muster eine Art ‚Vorposten des Zarismus‘ zu sein. Von den Konservativen gezogene Analogien zwischen Cholera und Revolution wären für diese außerdem deshalb zum Eigentor geworden, weil sie damit gesundheitspolitische Versäumnisse der städtischen und staatlichen Obrigkeit auf die Tagesordnung gesetzt hätten. Weil die Demokraten aus der Seuche ebensowenig politischen Profit schlugen, war sie im öffentlichen Diskurs kein Thema.

Der Hauptstadtpresse war die Cholera gleichfalls nur knappe Notizen wert – meist über die Ausbreitung der Seuche im Ausland oder in den Provinzen. Ansonsten findet man im Anzeigenteil etwa der „Vossischen“ als der damals auflagenstärksten Berliner Zeitung ab und an Werbeannoncen, so für „Cholera-Präventiv-Pastillen“ und andere „Bonbons“ als „Palliativ-Mittel gegen Cholera“.<sup>40</sup> In dieselbe Kategorie gehören vereinzelt und von der Öffentlichkeit wenig beachtete Broschüren, die mit dubiosen Tipps Resonanz zu finden versuchten.

nerhalb des medizinischen Diskurses wurde Cholera erst retrospektiv ausführlicher diskutiert. Vgl. neben Schütz, Vergleichende statistische Uebersicht (1849), z. B. Otto Behr, Die Cholera in Deutschland. Populaire Belehrungen über das Auftreten und die Bekämpfung dieser Seuche, Leipzig 1848. Zur Forschung über die historischen Medizindiskurse zur Cholera vgl. (mit allerdings nur wenigen Beispielen zur deutschen Debatte 1849 ff.) Irene Poczka, Die Regierung der Gesundheit. Fragmente einer Genealogie liberaler Gouvernementalität, Bielefeld 2017, S. 240 ff.

<sup>40</sup> Vossische Zeitung vom 30. August und 15. Dezember 1848.

Obwohl die Seuche im Revolutionsjahr ein Nicht-Thema war, gab es zwischen der Revolution und dem in ihrem Gefolge verstärkten positiven Zusammengehörigkeitsgefühl sowie der Epidemie durchaus Berührungspunkte – auf einer kaum sichtbaren Ebene, die indes Schlaglichter auf die Konstellationen 1848 und das gesteigerte Selbstbewusstsein der Unterschichten wirft. Eine der Vossischen Zeitung vom 22. September entnommene Geschichte illustriert, wie stark in den Berliner Elendsvierteln solidarische Verhaltensmuster entwickelt waren und mit welcher Selbstverständlichkeit sich Formen einer ‚Selbsthilfe von unten‘ etabliert hatten: Mitte September war in einem der Berliner Armenviertel eine ältere Witwe an Cholera gestorben. Der Hauswirt setzte deren Tochter und ihre zwei Kinder auf die Straße. Da die Tochter die Mietschulden der Witwe nicht begleichen wollte, rückte der Vermieter Alltagsgegenstände, die sich noch in der Wohnung befanden, nicht heraus. Daraufhin wurde der Hauswirt „durch eine dritte Person benachrichtigt, daß, falls er die Sachen nicht verabfolgen ließe, Abends ein Trupp von Leuten sie holen werde“. Tatsächlich versammelte sich in den Abendstunden „ein Haufen von Arbeitern und jungen Leuten“ vor dem Wohngebäude, „drang ins Haus“ ein und transportierte den Hausrat der Tochter ab, ohne sich um die Proteste des Hauswirts zu kümmern. Solche sozial-solidarischen Verhaltensmuster, die schon im Vormärz nicht selten gewesen waren, wurden 1848 offen praktiziert, weil die Angst vor Repression geschwunden war.<sup>41</sup>

#### 4. Die zweite Cholerawelle im Sommer und Herbst 1849

Dass die Cholera trotz der vielen Opfer, die sie forderte, in den bürgerlichen wie unterbürgerlichen Schichten kaum Aufsehen erregte, sollte sich wiederholen, als die Seuche zwischen Ende Mai und Anfang Dezember 1849 erneut ausbrach (und doppelt so viele Opfer wie 1848 forderte). Schaut man indes genauer, wie das wohl situierte Bürgertum und der Adel auf die Seuche reagierten, fällt eine eigenartige, durch die Cholera wie die Revolution bedingte Form einer temporären ‚Migration‘ auf (die sich ähnlich auch anderswo beobachten ließ). Frei nach Heinrich Heine: „Obgleich die Cholera sichtbar zunächst die ärmere Klasse angriff, so haben doch die Reichen gleich die Flucht ergriffen“.<sup>42</sup> Das durch Cholera und Revolution verursachte ‚Exil‘ erstreckte sich oft über den langen Zeitraum vom März 1848 bis Anfang 1850. So finden sich in den Jahresberichten von Gymnasien und Höheren Töchter-Schulen für 1848 und 1849 wiederkehrende Bemerkungen darüber, dass zahlreiche Zöglinge über viele

<sup>41</sup> Vossische Zeitung vom 22. September 1848.

<sup>42</sup> Heinrich Heine, Französische Zustände, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Gustav Karpeles, kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, Berlin 1887, S. 95.

Monate der Schule ferngeblieben seien. Offensichtlich lösten Revolutionsängste und die Furcht, von der Cholera angesteckt zu werden, in den ‚besseren‘ Kreisen der preußischen Hauptstadt einander ab: Im März 1848 hatten viele Familien aus dem Adel und des begüterten Bürgertums die Stadt aus Angst vor einem angeblich drohenden ‚jakobinischen Terror‘ verlassen. Das selbstgewählte Exil, zumeist in konservativ geprägten Kleinstädten des Umlandes der preußischen Hauptstadt, verlängerten viele im Hochsommer und Herbst des Revolutionsjahres. Dass nicht wenige Angehörige der ‚besseren Stände‘ Anfang 1849 ein weiteres Mal zögerten, in die Preußenmetropole zurückzukehren, war weniger auf Furcht um die eigene Gesundheit zurückzuführen. Vielmehr wurden erneut politische Ängste virulent. Denn bei den Abgeordnetenhauswahlen vom Januar 1849, die ein letztes Mal nach einem allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrecht abgehalten wurden – bevor die Krone dann das bis 1918 geltende Dreiklassen-Wahlrecht oktroyierte –, präsentierte sich Berlin als rote Hochburg, und dies weit markanter als noch bei den Wahlen zur Deutschen und Preußischen Nationalversammlung vom April und Mai 1848. Gewählt wurden Anfang 1849 ausschließlich Kandidaten des demokratischen Lagers. Friedrich Wilhelm IV., hieß es, habe vor Wut „über die Berliner Wahlen mit den Zähnen geknirscht, mit der Faust auf den Tisch geschlagen“ und „auf die Behörden geschimpft“, die ihm kein anderes Wahlergebnis ‚liefern‘ konnten.<sup>43</sup> Auch viele konservative und liberale Berliner Bürger befürchteten eine erneute Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten.

Diese Furcht schien nicht grundlos zu sein. Als der König am 27. April 1849 das bis 1919 letzte demokratisch gewählte Parlament Preußens aufgelöst hatte, weil die große Mehrheit seiner Abgeordneten die von der Paulskirche verabschiedete Reichsverfassung mit ihren weitreichenden Grundrechten anerkannt hatte, schien eine zweite Revolution bevorzustehen. Das ‚einfache Volk‘ der Hohenzollernresidenz reagierte auf die Auflösung ‚seines‘ Abgeordnetenhauses mit Massendemonstrationen, die zu blutigen Straßenschlachten mit der Polizei eskalierten und insgesamt sieben Tote sowie mindestens 14 Schwerverletzte forderten, wie im März 1848 auch diesmal „überwiegend dem Arbeiter- und Handwerkerstande“ zugehörig. Bestattet wurden diese Toten dezentral auf den verschiedenen Parochial-Friedhöfen. Ein erneuter Umsturz blieb 1849 in Berlin bekanntlich aus. Gleichwohl zogen es viele bürgerliche und adlige Familien vor, vorsichtshalber im selbstgewählten Exil zu bleiben. Sie verlängerten dieses bis Anfang 1850, nachdem in der zweiten Jahreshälfte 1849 die Cholera erneut ausgebrochen war.

<sup>43</sup> Karl August Varnhagen von Ense, Tagebücher, hrsg. von Ludmilla Assing, Bd. 6, Leipzig <sup>2</sup>1862/63, S. 46 bzw. 48.

## 5. Der 18. März als ‚1. Mai vor dem 1. Mai‘: die Gedenkkultur um die Revolutionstoten zwischen 1848 und 1918

So grundverschieden, wie die Zeitgenossen mit den Revolutionstoten und den Choleratoten umgingen, so stark kontrastieren Erinnerungspolitik und Gedenkkulturen zu den beiden Formen des Massensterbens 1848 und 1849.<sup>44</sup>

Zunächst zum Friedhof der Märzgefallenen: Dieser blieb, bis 1918, für die Barrikadenkämpfer reserviert, die am 18. März 1848 auf den knapp tausend Barrikaden ihr Leben ließen. Er wurde zum markantesten Symbol der Erinnerung an die Revolution. Dazu hatten ihn, wie oben angesprochen, die demokratischen Vereine Berlins schon am 4. Juni 1848 gemacht, mit einer ersten demokratischen ‚Heerschau‘. Das Scheitern der Revolution erhöhte den politischen Stellenwert des Friedhofs weiter. Bis Mitte der 1850er Jahre pilgerten alljährlich am 18. März „unabsehbare Züge von Menschen nach dem Friedrichshain hinaus“, um der gefallenen Barrikadenkämpfer zu gedenken und der Hoffnung auf einen erneuten, nunmehr erfolgreichen revolutionären Aufbruch Ausdruck zu verleihen. Der Friedhof wurde zum wohl einzigen Ort der Stadt, auf dem sich größere Menschenmassen versammeln konnten, um ihren Widerstand gegen die anhaltenden Repressionen des Obrigkeitsstaates zu signalisieren, ohne unmittelbar Gefahr zu laufen, von Polizeitruppen auseinandergesprengt zu werden.

Der Obrigkeit war dieses von niemandem gesteuerte volkstümliche Gedenken an die Barrikadenkämpfer natürlich ein Dorn im Auge. Pläne des Magistrats in den 1850er Jahren, die im Friedrichshain „liegenden Leichen der in der März-Revolution von 1848 Gebliebenen nach den betreffenden Parochial-Kirchenhöfen zu translociren“, provozierten indes einen Sturm der Empörung. Vergeblich waren auch die Versuche der Behörden, den Zutritt zum Friedhof der Märzgefallenen zu versperren, indem man die nach der „Gruftstätte führende Wege planirt[e]“, das Gräberfeld selbst abzäunte und das Gelände ringsherum „umpflügt[e] und mit Kartoffeln bestellt[e]“. Mit Beginn der Neuen Ära wurde „der Zutritt zu den Grabstätten dem Publikum wieder gestattet“.<sup>45</sup> Gleichwohl verfielen die Grabstellen weiter. Die Errichtung eines 1897 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen schmiedeeisernen Tores lehnte der Polizeipräsident mit der Begründung ab, auf diese Weise würde „ein dauerndes Erinnerungszeichen der Berliner Revolution“ geschaffen und der „Ver-

<sup>44</sup> Zum Folgenden Rüdiger Hachtmann, Der Friedhof der Märzgefallenen als Ort des Gedenkens an die Berliner Märzrevolution, in: Hochmuth u. a. (Hrsg.), Friedhof der Märzgefallenen, S. 39-60; Ders., Revolution, S. 193-199.

<sup>45</sup> Zitate: Vossische Zeitung vom 5. Juni 1852, 17. April 1854 bzw. 15. Mai 1861; Spenersche Zeitung vom 9. November 1856.

herrlichung der Revolution“ Vorschub geleistet.

Ende der 1860er Jahre griff die Sozialdemokratie, nach ihrem Selbstverständnis legitime Erbin der revolutionären Bewegung von 1848, das volkstümliche Gedenken an die Opfer der Militärgewalt vom 18. März auf und stellte dieses ins Zentrum der eigenen Traditionspflege. Höhepunkte waren das 25- und das 50-jährige Jubiläum der Märzrevolution. 1873 forderten von der Polizei provozierte blutige Auseinandersetzungen einen Toten und viele verletzte Kundgebungsteilnehmer. Auch 1898 strömten, wie in jedem Jahr, am 18. März unüberschaubare Menschenmassen zum Friedrichshain. Zahllose Menschen nahmen an den von der Sozialdemokratie organisierten abendlichen Gedenkfeiern dieses Tages teil. Am selben Tag erinnerte zudem August Bebel namens der Sozialdemokratie im Reichstag an die von einer preußischen „Soldateska niedergemetzelten“ Märzgefallenen. Hätten die Barrikadenkämpfer vom 18. März 1848 einen dauerhaften Sieg errungen, wäre – so Bebel – „das verrottete Staatssystem“ der Hohenzollern sowie das „Junkerthum“ beseitigt und „das Deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute [1898] schon damals gegründet worden“. Der Rechten im Reichstag galt die „Leidenschaftlichkeit [Bebels], mit welcher er die Revolution verteidigt“, als Beweis dafür, „daß man wohl jeden Gedanken daran wird aufgeben müssen, daß die sozialdemokratische Partei eine stille und ruhige Reformpartei“ werden könne.<sup>46</sup>

Für die organisierte Arbeiterbewegung wurde der 18. März alljährlich jedenfalls in Berlin zu einem kämpferischen ‚1. Mai vor dem 1. Mai‘. Er blieb dies bis 1914. Im kollektiven Gedächtnis der Berliner\*innen waren der Friedhof und seine symbolische Bedeutung weit über die Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie hinaus tief verankert. „Daß sich der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain befindet, weiß jeder Berliner von Kindesbeinen an“,<sup>47</sup> hieß es vier Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs.

Welches Potenzial der Friedhof hatte, die Lebenden für aktuelle Ziele zu mobilisieren, zeigte sich im Krieg. Sichtbar wurde zudem, dass das Gedenken an die während der Märzrevolution gefallenen Barrikadenkämpfer nicht an die Politik der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führung gebunden war. Offensichtlich wurde dies, nachdem die SPD im Sommer 1914 einen „Burgfrieden“ mit dem wilhelminischen Staat geschlossen hatte und die Gräberstätte im Friedrichshain, dieser Politik entgegengesetzt, zum Symbol für einen radi-

Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten vom 15. Februar 1899, zitiert nach: Czihak, Kampf, S. 31.

<sup>46</sup> Stenographische Berichte des Reichstags. IX. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98, 2, S. 1581-1615, Zitate: S. 1600, 1602-1605.

<sup>47</sup> Berliner Märztage, in: Der Roland von Berlin, 8. Jg., Nr. 12, Berlin 1910, S. 378-383, hier S. 378, zitiert nach: Hamann, (K)ein Denkmal, S. 218.

kalen Pazifismus wurde. Davon zeugen die Schleifen von Kränzen, die ab 1916 Belegschaften verschiedener Berliner Großbetriebe auf den Gräbern der 1848 getöteten Barrikadenkämpfer ablegten. Trotz des Belagerungszustandes hielt am 18. März 1917 eine ungelernete Arbeiterin, keine zwanzig Jahre alt, an den Ruhestätten der Märzgefallenen vor etwa zweihundert linkssozialistischen und anarchistischen jungen Arbeiter\*innen sogar eine kurze Rede.<sup>48</sup>

Mit Beginn der zweiten deutschen Revolution wurde die Gräberstätte im Friedrichshain erneut zu einem ‚aktiven‘ Revolutionsfriedhof. In Trauerzügen, die nach Zehntausenden, wenn nicht Hunderttausenden zählten und wie schon 1848 durch die ganze Stadt führten, wurden in der zweiten Dezemberhälfte 1918 insgesamt 29 Arbeiter sowie Matrosen, die von gegenrevolutionären Militärs getötet worden waren, zum Friedhof der Märzgefallenen begleitet und dort bestattet.

Der hier eingeführte Begriff des ‚aktiven Revolutionsfriedhofs‘ impliziert zweierlei: Erstens wollten die Besuchenden des Friedhofs nicht ausschließlich ihrer Trauer um die Märzgefallenen von 1848 Ausdruck verleihen; es ging ihnen nicht lediglich um das vergangene Ereignis und die Erinnerung daran. Das Gedenken war vielmehr auf die Zukunft gerichtet, bis 1918 auf die Vision einer sozialistischen Gesellschaft. Das heißt, das Gedenken über den Gräbern der Toten im Friedrichshain löste sich vom konkreten Ereignis – übrigens schon seit 1872/73, als mit den Berliner Märzgefallenen auch der Pariser Commune (die, historisch zufällig, am 18. März 1871 ausgerufen wurde) und ihrer Toten gedacht wurde. Zweitens war die Grabstätte für die Toten vom 18. März ein ‚aktiver Revolutionsfriedhof‘, weil sie – wie sich im November und Dezember 1918 zeigte – offen blieb für die Bestattung von Toten weiterer Revolutionen.

Dass nach dem Willen vieler, vor allem sozialistisch-kommunistisch orientierter Zeitgenossen, der Friedhof in diesem Sinne ‚aktiv‘ bleiben, also auch die Toten künftiger Revolutionen aufnehmen sollte, zeigt die folgende Episode von Anfang 1919: Bei einem der Parlamentäre auf Seiten der Akteure des Januaraufstandes (fälschlicherweise oft als „Spartakusaufstand“ bezeichnet), die mit weißer Fahne über die Kapitulation der Aufständischen verhandeln wollten und dennoch umgehend von den Freikorps ermordet wurden, fand man einen Zettel, auf dem dieser den Wunsch äußerte, auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestattet zu werden, wenn er während der bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben kommen sollte.<sup>49</sup>

<sup>48</sup> Nele Holemans, Die Märzfeiern auf dem Friedhof der Märzgefallenen während des Ersten Weltkriegs, in: Oliver Gaida/Susanne Kitschun (Hrsg.), 1918. Die Revolution und der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2021, S. 62-89, bes. S. 79-87.

<sup>49</sup> Ausführlich zum Mord am Parlamentär Wolfgang Fernbach am 12. Jan. 1919 siehe Eugen Fernbach/David Fernbach (Hrsg.), Assimilation – Zionismus – Spartakus. Chronik der Fa-

Ein ‚aktiver Friedhof‘ als Grabstätte und Denkmal für die Gefallenen zweier Revolutionen – das war im Übrigen kein Alleinstellungsmerkmal Berlins: In Paris waren die Toten der Februarrevolution bereits am 4. März 1848, im Rahmen einer riesigen Kundgebung, auf der Place de la Bastille in einer Gruft unter der „Julisäule“ beigesetzt worden – in der bereits die Toten der Revolution von 1830 lagen.<sup>50</sup> Anderswo brachten Denkmale ebenfalls zum Ausdruck, dass die Erinnerung an die Toten vergangener Revolutionen zugleich eine Mobilisierung für eine vorgeblich lichte Zukunft war. In der Hauptstadt der Lombardei wurde am 18. März 1895 das ziemlich bombastische Denkmal für die „Fünf Tage von Mailand“ auf der Piazza delle Cinque Giornate eingeweiht. Unter dem Denkmal bettete man in einer Gruft die Gebeine der Toten des Aufstandes gegen die habsburgische (Fremd-)Herrschaft vom 18. bis 22. März 1848 zur letzten Ruhe. Hier wurden die Gefallenen der Märzrevolution von 1848 in das allgemeine Gedenken an die Kämpfe um die nationale Einigung Italiens (Risorgimento) integriert.

Noch früher gedachten die Wiener ihrer Gefallenen. Dort wurden die 35 von Truppen getöteten Märzrevolutionäre des Jahres 1848, wie in Berlin fast ausschließlich Angehörige der Unterschichten, zunächst auf dem Schmelzer Friedhof beigesetzt. 1864 wurde dort zur Erinnerung ein Obelisk errichtet, den man dann, parallel zur Überführung der Gebeine der toten Revolutionäre, 1888 auf den Zentralfriedhof der österreichischen Hauptstadt versetzte. Der Schmelzer Friedhof beziehungsweise später der Zentralfriedhof wurden am 13. März alljährlich für die Wiener Sozialdemokratie zum Schauplatz für einen Wiener ‚1. Mai vor dem 1. Mai‘ – ähnlich wie bis 1914 am 18. März das Gräberfeld im Berliner Friedrichshain.<sup>51</sup>

Ein im vorgenannten Sinne aktiver Revolutionsfriedhof in der deutschen Reichshauptstadt, der symbolträchtig für den Aufbruch in eine sozialistische Zukunft stand – dies war 1918/19 auch der neuen, nun republikanischen Obrigkeit ein Dorn im Auge: Wohl auf Druck des Rats der Volksbeauftragten – der ‚Revolutionsregierung‘, aus der wenige Tage zuvor die Vertreter der 1915/16 entstandenen Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) ausgeschieden waren – beschloss der Magistrat, die Opfer des Berliner Januaraufstandes nicht mehr auf dem Friedhof der Märzgefallenen zu bestatten, sondern weitab vom Zen-

milie Fernbach (1879-1934), Berlin/Leipzig 2019, bes. S. 91-96, 135-165. Vgl. außerdem Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 201-207.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu sowie zu Funktion, Ritualen usw. von ‚politischen Begräbnissen‘ auch den Beitrag von Verena Kümmel in diesem Heft. Kriegergrabstätten und -denkmäler besitzen eine Revolutionsfriedhöfen und -denkmälern vergleichbare Funktion. Sie sollen ebenfalls, über die Erinnerung gefallener Soldaten hinaus, ‚für die Zukunft‘ mobilisieren.

<sup>51</sup> Vgl. Hachtmann, Friedhof der Märzgefallenen, S. 49 f.

trum auf der großen Gräberstätte in Friedrichsfelde, bekannt als „Friedhof der Sozialisten“. Der Revolutionsfriedhof im Friedrichshain wurde auf diese Weise gleichsam mumifiziert. Er war nun nicht mehr offen für die Aufnahme von Toten künftiger Aufstände und Revolutionen – auch wenn das Gedenken am 18. März dort weiterhin, mindestens während der Weimarer Republik, zukunftsgerichtet blieb und das Gräberfeld der Berliner Märzgefallenen bis heute wichtige erinnerungspolitische Funktionen erfüllt, inzwischen als symbolischer Grundstein der deutschen und europäischen Demokratie.

### *6. Praktisch abwesend: der Umgang mit der Cholera*

Während sich die späteren Formen der Erinnerung an die Märzgefallenen und die Revolution in zentralen Konturen bereits 1848 ausbildeten, blieb es um die Epidemie nach ihrem Ausbruch im Revolutionsherbst merkwürdig still. Die Cholera spielte während des Revolutionsjahres zwar in den innermedizinischen Debatten eine wichtige Rolle, war im öffentlichen Diskurs der Zeitgenossen jedoch praktisch abwesend. Dies lag nicht in erster Linie daran, dass sie vergleichsweise glimpflich verlief. Eine entscheidende Rolle spielte vielmehr, dass die alte Obrigkeit noch im Frühherbst, als die Seuche ihren Höhepunkt erreichte, eingeschüchtert war und ihre klassisch ‚policeylichen‘ Funktionen<sup>52</sup> nicht ausüben konnte. Daraus entstand eine ‚positive‘, nämlich revolutionäre Variante von ‚Ausnahmestand‘: Die breiten Unterschichten, die in Berlin bis in den November 1848 hinein den Revolutionsalltag prägten und misstrauisch gegenüber der Obrigkeit blieben, wollten sich durch gesundheitspolitische Restriktionen und Schikanen in ihrer neugewonnenen Entfaltungsfreiheit nicht einengen lassen.

Gleichwohl aktualisierte für viele Zeitgenossen, nicht zuletzt die Mediziner, die ihr Augenmerk der Epidemie widmeten, neben der Revolution auch die Cholera die „Classen“-Frage. Die Pandemie wurde zur „Classen“-Krankheit. Denn 1848, so der Berliner Arzt Otto Behr, hätten sich „frühere Beobachtungen bestätigt, [dass] die wohlhabenderen Classen in ungleich geringerem Grade von der Cholera heimgesucht worden“ seien.<sup>53</sup> Die demokratischen Ärzte um die „Medicinische Reform“ verstanden sich ohnehin als „natürliche Anwälte der Armen“.<sup>54</sup> Liberalkonservativ eingestellte Ärzte auch anderswo in Europa kon-

<sup>52</sup> ‚Policey‘ ist hier im frühneuzeitlich weitgefassten Sinne gemeint, zielt also auf den Gesamtkomplex sowohl städtischer oder kommunaler Wohlfahrt als auch einer im engeren Sinne polizeilich-sozialen Kontrolle ab.

<sup>53</sup> Otto Behr, Die Cholera in Deutschland. Populaire Belehrungen über das Auftreten und die Bekämpfung dieser Seuche, Leipzig 1848, S. 11, zitiert nach: Poczka, Regierung der Gesundheit, S. 243.

<sup>54</sup> „Medicinische Reform“. Eine Wochenschrift, hg. von R. Virchow und R. Leubuscher, vom

statierten gleichfalls, dass diese Epidemie „eine Krankheit des Proletariats“ sei. Deshalb müsse, so ihr Diktum, „nach Möglichkeit dem Proletariate das Proletarische genommen werden“.<sup>55</sup>

Vor diesem Hintergrund ist, mit Blick auf die bürgerlichen Schichten, eine längerfristige und mittelbare Folgewirkung der Seuche nicht zu unterschätzen. Ihr, nach 1831 bis 1837, erneutes Auftreten hat, so steht zu vermuten, den Willen zur Sozialreform weiter stimuliert. Diese blieb zwar, vor allem nach 1848, in erster Linie revolutionsprophylaktisch grundiert. So war vor dem Hintergrund der Pariser Februarrevolution in Berlin am 9. März 1848 eine städtische „Deputation zur Beratung über das Wohl der arbeitenden Classen“ gegründet worden – nicht zu verwechseln mit dem „Central“- beziehungsweise „Lokalverein“ ähnlichen Namens –, die im Revolutionsjahr indes selbst keine Wirkung entfaltete.<sup>56</sup> Gleichwohl hat die Melange aus dem Willen, einer erneuten Revolution vorzubeugen, einer mit der Formierung eines frühen Proletariats einhergehenden Verschärfung der ‚sozialen Frage‘ sowie seuchenprophylaktisch grundierten Forderungen nach meinem Eindruck Initiativen einer bürgerlichen Sozialreform (von staatlicher wie privater Seite), jedenfalls in Berlin, erheblich befeuert.

Gleichzeitig ‚falsifizierten‘ das Auftreten und der Verlauf der Krankheit in den Jahren 1848 und 1849 ältere Annahmen. Die 1831/32 noch „weit verbreitete, aus diätetischen Betrachtungen gezogene Ansicht, dass Leidenschaften und starke Gemütsregungen den Ausbruch der Cholera in einem Körper erheblich förderten“, <sup>57</sup> wurde 1848 und 1849 in Berlin sowie in anderen Großstädten Mittel-, West- und Südeuropas praktisch widerlegt: Die im Revolutionsjahr hochschlagenden Emotionen beförderten den – im Vergleich zu den Cholera-Schüben der 1830er Jahre freilich begrenzten – Ausbruch und die Ausbreitung der Epidemie nicht entscheidend. Anscheinend traf dies, mit Ausnahme weniger

10. Juli 1848, zitiert nach: URL: [https://www.tha.de/homes/harsch/germanica/Chronologie/19Jh/Virchow/vir\\_refo.html](https://www.tha.de/homes/harsch/germanica/Chronologie/19Jh/Virchow/vir_refo.html) (Zugriff 14.03.2025).

<sup>55</sup> So der weitgereiste Mediziner und Anthropologe Pruner-Bey (der 1848 in Pavia, südwestliche Lombardei, lebte): Franz Ignaz Pruner-Bey, Die Weltseuche Cholera oder die Polizei der Natur, Erlangen 1851, S. 45, zitiert nach: Poczka, Regierung der Gesundheit, S. 240.

<sup>56</sup> Vgl. Hachtmann, Berlin 1848, bes. S. 392 ff.

<sup>57</sup> So ein zeitgenössischer Arzt (ein „Kreis-Physikus namens Mecklenburg“), zitiert nach: Poczka, Regierung der Gesundheit, S. 240.

Regionen,<sup>58</sup> tendenziell für ganz Europa zu.<sup>59</sup>

Das hier für Berlin konstatierte Phänomen, dass kaum jemand unter den ‚revolutionär bewegten‘ Zeitgenossen die Seuche als ‚großes‘ Ereignis zur Kenntnis nahm, scheint europaweit gegolten zu haben. Dies zeigt auch der Blick in Christopher Clarks bahnbrechende und alle europäischen Regionen umfassende Studie über den „Frühling der Revolution“. Eher beiläufig erwähnt Clark die Cholera für das Revolutionsjahr dort erst, als sich im „Gefolge konterrevolutionärer Armeen [ab] Herbst 1848 [eine] erhöhte Cholerasterblichkeit“ ausbreitete, namentlich in der ungarischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie.<sup>60</sup> Die verallgemeinernden Bemerkungen von Jürgen Osterhammel, dass „keine Seuche während des 19. Jahrhunderts Europa so sehr in Angst und Schrecken [versetzt habe] wie die Cholera“ und dass deren Auftreten „nicht [nur] einen vorübergehenden Schock“ ausgelöst habe,<sup>61</sup> sind für Revolutionszeiten mithin mindestens zu relativieren. Entscheidend war die ‚Aufmerksamkeitsökonomie‘: Die Zeitgenossen hatten in aller Regel für die Angst vor der Cholera keine Kapazitäten frei.

1848/49 markiert hier keine Ausnahme: Auch zu anderen Revolutionszeiten wurden Seuchen verdrängt, selbst wenn sie noch weit dramatischere Dimensionen annahmen. Ein Beispiel ist die Spanische Grippe und ihr verheerendes Auftreten (nicht nur) in Deutschland ab Spätsommer 1918. Die schon durch den Ersten Weltkrieg erschütterten Gesellschaften Europas wurden durch die sich überstürzenden Ereignisse im Gefolge von Krieg und Revolution derart in Be-

<sup>58</sup> Dies betrifft vor allem einige europäische Nachbarregionen des von der Revolution unberührten zaristischen Russland. So wurde in Moldawien im Sommer 1848 die Entfaltung der Revolution „to a great extent hindered by the threat of the cholera, by the devastation this disease caused in the Moldavian society“. Ioan Bolovan, *The Demographic Impact of the 1848-1849 Revolution in Transylvania*, in: *Transylvanian Review*, Vol. V, Nr. 4 (Winter 1996), 128-135, hier: S. 129 f.

<sup>59</sup> Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, dass selbst in der letzten europäischen Revolutionsbastion, der venezianischen Republik, die Cholera erst in den letzten 14 Tagen vor der Kapitulation zur Kenntnis genommen wurde, als in der belagerten Inselstadt bis zu 400 Personen pro Tag der Epidemie erlagen – und sie auch die bewaffneten Verteidiger Venedigs ergriff. Vgl. Joh[ann] Debrunner, *Die Erlebnisse der Schweizerkompagnie in Venedig. Ein Beitrag zur Geschichte des venetianischen Freiheitskampfes*, Zürich/Frauenfeld 1850, S. 248 f. (Debrunner war Kommandant der Schweizer Freiwilligen-Kompagnie, die der Republik Venedig zu Hilfe geeilt war.)

<sup>60</sup> Christopher Clark, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt*, München 2023, S. 926 f. Dies gilt auch für frühere Überblicksdarstellungen, z. B. Jonathan Sperber, *The European Revolutions 1848-1851. New Approaches to European History*, Cambridge 1994 oder den Aufsatzband von Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa in den Revolutionen von 1848*, Bonn 1998.

<sup>61</sup> Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2013, S. 283.

schlag genommen, dass sie der todbringenden Grippe kaum Beachtung schenkten.<sup>62</sup>

## 7. Polare Erinnerungskulturen

Im Unterschied zur intensiven und anhaltenden Gedenk- und Erinnerungskultur, die sich um die Revolution von 1848 und den Friedhof der Märzgefallenen – als ihrem wichtigsten, im buchstäblichen Sinne greifbaren Symbol – entwickelte, blieb die kollektive Erinnerung an die Cholera eher still und zudem nicht auf ein einzelnes Jahr fokussiert. Eine andere Differenz der Rückschau auf die Revolutions- und Choleratoten ist, dass die Erinnerung an die gefallenen Barrikadenkämpfer vom März 1848 in starkem Maße ‚unterbürgerlich‘ und ‚proletarisch‘, die an die Seuche dagegen (über den innerwissenschaftlichen Diskurs hinaus) eher ‚bürgerlich‘ konnotiert war.

Das Auftreten der Cholera 1848 und 1849 wurde zudem nicht konkret erinnert. Retrospektiv erscheint diese Seuche merkwürdig zeitlos. Sie wurde zur Chiffre für die Gefährlichkeit tödlicher Epidemien ‚an sich‘ und ähnelt auch hierin der Spanischen Grippe siebzig Jahre später. Die mit beiden Seuchen verknüpfte eigenartige Erinnerungskultur zeigte sich zuletzt 2019, beim Ausbruch der Corona-Pandemie. Jede neue Seuche revitalisiert die Erinnerungen an ältere Epidemien. Covid-19 veranlasste Medien und Sachbuch-Autoren, Parallelen zu ziehen, vor allem zur Pest und zur Spanischen Grippe, beiläufig aber auch zur Cholera.<sup>63</sup> Dies blieb jedoch allgemein. Die konkrete Datierung des – erneuten – Ausbruchs der Seuche in den beiden Revolutionsjahren 1848 und 1849 spielte und spielt in der politisch-gesellschaftlichen Erinnerungskultur keine Rolle.<sup>64</sup>

Die eigentümliche Zeit- und auch Ortlosigkeit der Erinnerung an die Cholera kontrastiert, viertens, markant mit der an die Märzrevolution. Der 18. März 1848 ist – ähnlich wie der allerdings unblutige 9. November 1918 – ein bis heute

<sup>62</sup> Vgl. (als Überblick zur Seuche, allerdings ohne explizite Berücksichtigung der Revolution von 1918/19) Eckard Michels, Die „Spanische Grippe“ 1918-19. Verlauf, Folgen und Deutungen in Deutschland im Kontext des Ersten Weltkriegs, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte H. 58/2010, S. 1-33; ferner (auch) hierzu: Rüdiger Hachtmann, Zeitenwende 1918/19. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu Revolution und Gegenrevolution, erscheint Berlin 2026/27.

<sup>63</sup> Vgl. z. B. Helmut Neuhold, Große Seuchen und Pandemien. Die Geschichte von Pest, Cholera, Covid-19 & Co., Wien 2021; Heiner Fangerau/Alfons Labisch, Pandemien in Geschichte, Gegenwart und Zukunft, Freiburg im Breisgau 2020, S. 38-41.

<sup>64</sup> Vermutlich weil sie sich im Unterschied zu Revolutionen nicht an eklatante Ereignisse und konkrete Daten binden lässt, wird auch an die im Vergleich zu 1848/49 dramatischere Cholerawelle Anfang der 1830er Jahre kaum erinnert.

ein in der kollektiven Erinnerung mindestens sozialistischer und demokratischer Bewegungen verankertes Datum. Mit dem Friedhof der Märzgefallenen als dem ‚Denkmal‘ des Barrikadenkampfes existiert zudem ein Ort für das stete Gedenken an die vor fast 180 Jahren und ebenso an die im Gefolge der Novemberrevolution getöteten Sozialisten.

Ein fünfter Aspekt gegensätzlicher, geradezu polarer Erinnerungskulturen: Die Cholera blieb lediglich als eine Art medizinhistorische Metapher im Gedächtnis. Märzrevolution und Barrikadenkampf sowie mit ihm die Begräbnisstätte im Friedrichshain waren dagegen von Anfang an eminent politisch aufgeladen; sie wurden dies ab 1871 weiter dadurch, dass die Ausrufung der Pariser Commune ebenfalls auf den 18. März datierte. Begünstigt wurde die Entwicklung zum zentralen Erinnerungsort des sozialistischen Milieus dadurch, dass der Revolutionsfriedhof separiert war und blieb – und so bereits (sechstens) für sich zu einem politischen Denkmal wurde. Die Toten der Cholera-Epidemien in den 1830er Jahren waren zwar auf eigenen, abseits gelegenen Friedhöfen bestattet worden, nicht mehr jedoch 1848 und 1849. Allein deswegen war die Krankheit weniger ‚fassbar‘ und (damit) erinnerungswürdig.

Dass die topographisch eindeutige Verortung der Märzgefallenen durch die Separierung ihrer Begräbnisstätte von üblichen Friedhöfen eine entscheidende Voraussetzung für eine elaborierte Gedenkkultur ist, zeigt der Unterschied zu den Berliner ‚Apriltoten‘ von 1849. Sie wurden nicht im Friedrichshain, sondern auf den jeweiligen Gemeindefriedhöfen beerdigt. Hinzu kam, dass deren Zahl deutlich geringer war als die der Märzgefallenen von 1848, ihr Tod nicht einen erneuten revolutionären Aufschwung einläutete und die Kämpfe 1849 in der Erinnerung der Zeitgenossen als bestenfalls sekundäres Ereignis eingeordnet wurden. Dass mit dem Friedhof der Märzgefallenen ein konkreter Ort existierte, der sich zum Ziel von ‚politischen Wallfahrten‘ machen ließ, ist für die – allen Unkenrufen zum Trotz<sup>65</sup> – jedenfalls in Berlin ausgeprägte Erinnerung an den Barrikadenkampf des 18. März zentral. Vertieft wurde diese Bedeutung als Projektionsfläche für den Aufbruch in eine andere, sozialistisch-demokratische Gesellschaft durch die Bestattung der 29 Berliner Revolutionstoten vom November und Dezember 1918 dort.<sup>66</sup>

<sup>65</sup> Zu älteren Studien und einer dort behaupteten schwachen, auf den Friedhof der Märzgefallenen bezogenen Erinnerungskultur vgl. Claudia Klemm, *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur*, Göttingen 2007, etwa S. 543, 550 f.; Martin Sabrow, 1848, 1919 und 1989 im deutschen Gedächtnis, in: Gaida u. a. (Hrsg.), *Friedhof der Märzgefallenen*, S. 17–38, bes. S. 17, 19, 27 f., 33, 36. Kritisch dazu: Rüdiger Hachtmann, *Der Friedhof der Märzgefallenen als Ort des Gedenkens an die Berliner Märzrevolution*, in: ebd., S. 39–60, bes. S. 54–57.

<sup>66</sup> Auch hier zeigt sich mit Blick auf die Revolutionstoten 1918/19 ähnliches wie 1848/49: So wie die Märzgefallenen im Zentrum der Erinnerungspolitik stehen, die sieben Toten vom

Gleichzeitig ist der Friedhof der Märzgefallenen ein Beispiel dafür, dass selbst kleine Stadträume einer oft starken Erinnerungsdynamik unterliegen – ausgelöst durch veränderte Rahmenbedingungen, aber auch durch den Wandel der Erinnerungsbewegungen, die sich positiv oder negativ auf den jeweiligen historischen Ort beziehen. Gerade Revolutionsfriedhöfe laufen Gefahr, nach jeweils aktuellen politischen Bedürfnissen verändert und erinnerungskulturell überformt – oder auch dem Vergessen anheim gegeben zu werden.<sup>67</sup> Im Übrigen bleibt in unserem Fall zu konstatieren, dass die Märzgefallenen und ihr Friedhof von Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute nicht in erster Linie ein Symbol für Tod und Sterben waren und sind. Sie stehen für das Gegenteil: für den Willen zum Aufbruch in eine demokratische Zukunft.

**Rüdiger Hachtmann**, Prof. Dr., geb. 1953, ist Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Wirtschafts-, Sozial-, Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Monografien (Auswahl): Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im ‚Dritten Reich‘. Die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007; Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront, Göttingen 2012; Rüdiger Hachtmann, 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022; Rüdiger Hachtmann, Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918 bis 1945, Göttingen 2023.  
[hachtmann@zzf-potsdam.de](mailto:hachtmann@zzf-potsdam.de)

27. April 1849 dagegen weitgehend vergessen sind, wird der von Gegenrevolutionären ermordeten 29 Toten Ende 1918 gedacht – während die etwa zweitausend Opfer einer entfesselten Soldateska, die Anfang März 1919 vor dem Hintergrund eines Generalstreiks in Berlin im Rahmen bürgerkriegsähnlicher Kämpfe ums Leben kamen, achtlos verscharrt wurden und bis 2019 weitgehend ‚vergessen‘ blieben. Vgl. die Beiträge in Oliver Gaida/Susanne Kitschun (Hrsg.), 1918. Die Revolution 1918/19 und der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2021.

<sup>67</sup> Auch für den FDM lassen sich Phasen des politisch kalkulierten ‚Vergessens‘ ausmachen, neben 1933 bis 1945 auch (seitens der offiziellen ‚Politik‘) zu den Jubiläen 1973 und 1998, nicht dagegen 2023. Vgl. Hachtmann, Friedhof der Märzgefallenen.